



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Denkwürdigkeiten des Herzogs von Koburg

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bestanden haben. Jedes Departement besitzt ein solches Primärseminar für Mädchen; es stimmt im großen und ganzen mit dem Seminar für Volksschullehrer überein. Die Bildungsanstalten für Volksschullehrerinnen sind also in Frankreich streng geschieden von denen für Lehrerinnen an höhern Mädchenschulen, während in Deutschland beide Einrichtungen zu ihrem großen Schaden in eine einzige zusammengeworfen werden. Da in die École normale von Sèvres nur Mädchen aufgenommen werden, die nicht jünger als achtzehn und nicht älter als vierundzwanzig Jahre sind, und da die Zöglinge wöchentlich höchstens an zehn pflichtmäßigen Unterrichtsstunden teilzunehmen brauchen, so hört man in Frankreich auch niemals von einer Überbürdung der Seminaristinnen. Man treffe auch in Deutschland ähnliche Maßregeln. Das Lehrerinnenseminar muß, wie das der Volksschullehrer, eine Staatsanstalt werden; es soll seinen seminaristischen Charakter behalten und keinen akademischen Anstrich bekommen, wie die Frauenpetition gern möchte; nur befähigte und mit tüchtigen Vorkenntnissen ausgerüstete Zöglinge sind aufzunehmen; die Kursusdauer darf nicht weniger als drei Jahre betragen, so daß eine geistige Überanstrengung ausgeschlossen ist und die körperliche Entwicklung der Mädchen nicht gehindert wird; statt unbegabten Studenten Stipendien auszugeben, zahle man sie lieber an begabte Mädchen. Vor allen Dingen ist bei den Seminaristinnen auf ein gesundheitsmäßiges Leben in ihrer Tracht wie in ihrer Körperpflege zu halten und ihnen Gelegenheit zu geben, sich die hygienischen Grundsätze unsrer Zeit anzueignen. Denn wer die weibliche Jugend zu körperlich und geistig tüchtigen Frauen erziehen will, muß selbst darnach streben, eine gesunde Seele im gesunden Körper zu bewahren.



Denkwürdigkeiten des Herzogs von Koburg



er dritte und letzte Teil des bekannten und in seinen ersten Bänden von uns ausführlich besprochenen Memoirenwerkes des Herzogs Ernst reicht vom Anfange des Jahres 1860 bis zum Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II., giebt aber über die letzten sieben zehn Jahre nur kurze Rückblicke auf die Thatfachen und eine Betrachtung des Gesamtergebnisses. Das Vorhergehende enthält wieder manchen schätzenswerten Beitrag zur Geschichte unsrer Tage und der Versuche des Verfassers, dabei mitzuwirken, daneben aber auch vieles, was den Lesern weniger interessant erscheinen wird als dem Erzähler, und was man entschieden weniger

ausführlich mitgeteilt sehen möchte, wogegen andres wieder den einen und den andern wichtigen Zug vermiffen läßt, den der Verfasser hätte hervorheben und beleuchten können.

Der Band beginnt mit einer Schilderung der Lage Europas an der Schwelle des Jahrzehntes, dem die Gründung des neuen deutschen Reiches beschieden war, berichtet über den Fürstentag in Baden-Baden, der sich um Napoleon III. versammelte, nach Beobachtungen des Herzogs, der daran teilnahm, bespricht dann die Bewegung der Säger, Turner und Schützen und die Stellung, die der Verfasser dazu einnahm, und behandelt im Schlußkapitel des ersten Buches die Militärkonvention, die er mit Preußen abschloß, und die wir für viel verdienstlicher halten als die Beteiligung an der „Volkspolitik,“ die damals Mode geworden war. Das nächste Buch erzählt seiner Überschrift nach vorzüglich von „Fahrten und Abenteuern“ des Herzogs, seinem Ausflug zur Elefantenjagd nach Habesch, der recht hübsch geschildert wird, seiner Rolle beim Frankfurter Schützenfeste, wobei wir zweifelhaft sind, ob wir sie unter die Fahrten oder unter die Abenteuer rechnen sollen, und seiner griechischen Thronkandidatur. Von größerm Interesse ist der Inhalt der folgenden Abschnitte, die sich mit dem Streit um die Reform des deutschen Bundes, dem Frankfurter Fürstentag, der Augustenburger Episode, dem dänischen Kriege, der Londoner Konferenz und den Verhandlungen in Wien und Gastein beschäftigen. Das letzte Buch hat es dann mit dem Ende des Bundestages, dem Treffen bei Langensalza, wo der Herzog als Unterhändler thätig war, dem böhmischen Kriege, dem er einige Tage als Zuschauer beizwohnte, der neuen Bundesverfassung und einigen Episoden des Kampfes mit Frankreich zu thun, wo die Phantasie des Verfassers zuweilen stärker zu sein scheint, als sein Gedächtnis. (So könnte es z. B. sehr malerisch und poetisch ausgesehen haben, wenn König Wilhelm, als er den Brief Napoleons auf der Höhe bei Sedan beantwortete, „auf einer Pflugschar“ gefessen hätte; es war aber ein gewöhnlicher Stuhl, und er schrieb auf dem Sitze eines zweiten Stuhles, den Major von Alten ihm auf das eine Bein gestemmt, mit dem andern knieend, hinhielt.) Als Beilage folgt zuletzt eine Denkschrift des Ministers von Seebach über die Vereinigung und Verfassung von Koburg-Gotha.

Wir begnügen uns, ein paar Stellen aus dem Kapitel über die Stellung des Herzogs zum Augustenburger Prätendenten und über seine Wirksamkeit für dessen Sache mitzuteilen, die uns zwar nicht völlig neu, aber charakteristisch und auch sonst, namentlich in Betreff Napoleons und gewisser politischer Kreise Englands, in dieser ausführlichen Darstellung von Bedeutung sind. Schon gegen Ende des Jahres 1863 hatte Herzog Ernst sich entschlossen, im Laufe des Winters nach Paris zu gehen, um aus dem Munde des Kaisers selbst zu hören, was er über die Lage der Dinge auszusprechen für gut finde. Die Ausführung des Planes wurde aber im Hinblick auf die Ereignisse in Deutschland und den

Gang des Krieges einige Zeit verschoben, auch erschwerte das Schreiben, das Herzog Friedrich persönlich an Napoleon gerichtet hatte, seinem Koburger Freunde jede Verhandlung mit dem französischen Kabinet, da man geneigt war, ihn in allem mit dem zu identifiziren, was in Kiel von der schleswig-holsteinischen Regierung ausging, die er anerkannt, der er in Samwer und Francke die „Minister“ geliefert und bei der er in der Person Tempelsteyns eine Art von Gesandten beglaubigt hatte. Als Vorschläge zu einer europäischen Konferenz auftauchten, gab der Herzog das Projekt wieder auf. Auch die Unzuverlässigkeit Englands bewog ihn dazu. Die Königin zwar, die sich der deutschen Sache zuneigte, enthielt sich streng konstitutionell aller Einwirkung auf die Politik des Kabinetts, und der Prinz von Wales, der für Dänemark eingenommen war, beobachtete dasselbe Verfahren. Die Tories aber dachten daran, Palmerston wegen seiner Begünstigung Dänemarks zu stürzen, und hatten dabei auf Unterstützung der Manchesterleute zu hoffen. Die Gelegenheit zum Angriffe blieb aber aus; freilich gelang es Palmerston auch nicht, Napoleon für seine Ansichten und Pläne gegen die deutschen Mächte zu gewinnen, ja es entstand zwischen beiden Regierungen eine starke Spannung. Unter diesen Umständen und weil der Herzog nach frühern Erfahrungen hoffte, auf den Kaiser einigen Eindruck zu machen, wenn er ihm die deutschen Bestrebungen unter den richtigen Gesichtspunkten darstellte, erfolgte in der ersten Märzwoche von 1864 die Reise, zu der die Kieler ihrem fürstlichen Anwalt in der Person des Advokaten Bleiken einen mit der juristischen Seite der Angelegenheit genau vertrauten Beistand zusandten.

Wie aber stand der hohe Herr mit Preußen, das am Ende doch auch bei jenen „deutschen Bestrebungen“ mit verstanden werden darf? Er antwortet: „So oft ich sonst den Tuilerienhof besucht hatte, war es mir immer vergönnt gewesen, mich in unmittelbarer Fühlung mit der preußischen Regierung zu wissen. Diesmal befand ich mich in voller Unsicherheit über das, was in Berlin bezweckt wurde.“ Über seine Absichten in der Frage sagte der Herzog, der von der Pariser offiziellen Presse als „Fürsprecher des Rechtes der Herzogtümer, frei über ihr Schicksal zu bestimmen,“ von einigen Journalisten auch als Beschützer des Nationalvereins und entschiedner Widersacher des Übergewichtes Oesterreichs bezeichnet wurde: „Meine Aufgabe war durch die Lage der Dinge am Bunde vorgezeichnet und beschränkt; aber ich war entschlossen, aus meiner Sphäre als deutscher Fürst auch nicht um Haarsbreite herauszutreten. Wenn ich glauben darf, daß meine Unterredungen mit Louis Napoleon auch diesmal nicht fruchtlos gewesen sind, so konnte es nur dem Umstande zuzuschreiben sein, daß ich mich auf der strengsten Linie des Rechtszustandes bewegte. Der Kaiser war auf diesem Wege am ehesten zu überzeugen, daß jede Einmischung Frankreichs in die deutsche Angelegenheit ein unverbesserlicher Fehler sein würde, und ich muß es anerkennen, daß er jedes Wort, das er in jenen Tagen zu mir gesprochen, ehrlich und

bis ins einzelnte gehalten hat“ [doch schwerlich aus Verehrung vor dem Rechte der Augustenburger und des Bundestages!]. Der Herzog fand den Kaiser, als er ihm in den Tuilerien seinen Besuch machte, sehr kräftig und viel frischer als früher. „Er ging sofort auf die Lage der Dinge in Deutschland ein, bedauerte den [kurz vorher erfolgten] Tod des Königs Max von Bayern und meinte, daß der König gerade im Begriffe gewesen sei, die deutschen Angelegenheiten ohne Zweifel zu einem entsprechenden Abschluß zu bringen. Es sei also sehr zu beklagen, daß Deutschland seinen wichtigsten und gewiegtesten Führer verloren habe.“ Hinsichtlich der Erbherzogtümer „war nicht deutlich zu entnehmen, ob er eine gewisse Gleichgiltigkeit für ihr Schicksal mehr vorgab oder wirklich hegte, aber über die faktischen Verhältnisse legte er eine in der That erstaunliche Unwissenheit an den Tag. Als mich der Kaiser am nächsten Tage mit seiner Gegenwitsite beehrte, sprach er zu meiner Freude selbst den Wunsch aus, sich etwas genauer zu unterrichten, und schlug vor, die Sache schriftlich zu erörtern. Im übrigen sprach er diesmal noch viel bestimmter als bei meinem ersten Gespräche mit ihm seine entschiedenste Abneigung gegen jedwede kriegerische Verwicklung aus.“

Die von Napoleon gewünschte Belehrung erfolgte zunächst dadurch, daß der Herzog ihm eine Denkschrift übergab, die ungefähr denselben Gedankengang hatte wie die Auseinandersetzung, die Samwer dem herzoglichen Fürsprecher der Kieler durch Bleiken hatte zustellen lassen. Sie gipfelte in dem Wunsche, der Kaiser möge die Konferenz annehmen und auf ihr den Vorschlag machen, die Lösung der Frage durch allgemeine Abstimmung [der Schleswig-Holsteiner] herbeizuführen. Daran wurden eine Reihe von Vorschlägen geknüpft, die (wir übersetzen den französischen Text) folgendermaßen lauteten: „Der Kaiser der Franzosen ergreift die Initiative als Vermittler und stellt nachstehende Anträge: 1. Die beiden kriegführenden Parteien werden das Herzogtum Schleswig räumen. 2. Die oberste Macht der Verwaltung im Herzogtum Schleswig wird den Händen einer vom Schleswigschen Landtage erwählten Kommission übertragen. Es wird vorher eine Wahl des Landtags stattfinden. 3. Man wird in den verschiednen Bezirken nach der Weise des allgemeinen Stimmrechts verfahren, um den Willen des Volkes kennen zu lernen und zu wissen, ob es seine Wahl auf den Herzog von Holstein oder auf den König von Dänemark richtet. Was das Herzogtum Holstein betrifft, so erkennen die europäischen Großmächte und in erster Reihe der Kaiser der Franzosen von jetzt an den frühern Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Holstein an, ohne den Rechten des Bundes und den Erbfolgegesetzen vorzugreifen, die in den Familien der Souveräne Deutschlands bestehen. In dem Falle, daß die Regierungen Rußlands und Englands sich diesem Übereinkommen widersetzen sollten, würde der Kaiser, so weit es ihn angeht, den Herzog anerkennen und dieses Übereinkommen bei den übrigen Großmächten mit Berücksichtigung

des einmütigen Willens der Bewohner Holsteins und des deutschen Volkes unterstützen.“

Der Herzog Ernst ließ nun Bleiken über seine beiden Unterredungen mit Napoleon und die Übergabe der Denkschrift nach Kiel berichten, wobei die Hoffnung, daß sie ihre Wirkung nicht verfehlen werde, ausgesprochen, auch bemerkt wurde, der Friede sei bis jetzt in keiner Weise gefährdet. Die letzte Behauptung fand sich durch die Besprechungen bestätigt, die der Herzog in den nächsten Tagen mit Morny und Drouin de L'Huys hatte. Der letztere behauptete, daß man in den offiziellen Kreisen Frankreichs weder an Dänemark noch an der ganzen Sache besondern Anteil nehme. Man halte zwar an dem Londoner Protokoll von 1852 fest, weil es einmal vorhanden sei, fühle sich aber in keiner Weise verpflichtet, den veränderten Umständen zum Troste dabei zu verbleiben. Die Haltung Preußens und Oesterreichs wollte der Minister ebenso wenig wie Morny verstehen können. Die passive Haltung Frankreichs erklärte er mit der Befürchtung, man könne den Franzosen Eroberungspläne gegen Deutschland beimessen. Eine Konferenz werde man nur beschicken, wenn auch der deutsche Bund vertreten sei. Der Herzog erwiderte, der Bund werde sich auf keine Konferenz einlassen, deren Programm nicht vorher bestimmt formulirt und ihm mitgeteilt sei, insbesondre auch dann nicht, wenn zu befürchten sei, daß auf einer solchen Konferenz die Personalunion als Grundlage der Verhandlungen angenommen werden würde. „Als der Minister hierauf meinte, daß Oesterreich und Preußen sich gerade für diese besonders zu interessiren schienen, benutzte Se. Hoheit die Gelegenheit, um die Widersinnigkeit eines solchen Arrangements sowohl vom deutschen als vom dänischen Standpunkte auseinandersetzen. Die beste Lösung, meinte der Minister, werde schließlich die sein, daß man die Entscheidung in der Successionsfrage von einer Abstimmung der Bevölkerung der Herzogtümer abhängig mache.“ Der Bericht über dieses Gespräch, den der Herzog, wahrscheinlich wieder für die Kieler, aufzeichnen ließ, faßt den Eindruck, den es auf den Herzog gemacht hatte, dahin zusammen, „es herrsche in Paris viel Wohlwollen sowohl für den Herzog Friedrich als auch für die Bevölkerung der Herzogtümer und durchaus keine Voreingenommenheit gegen beide; daneben sei aber allerdings eine gewisse Scheu vorhanden, in der Sache die Initiative zu ergreifen, aus einer begreiflichen Furcht, hier wieder, wie in der polnischen und andern Fragen, schließlich doch im Stiche gelassen zu werden.“

Am 18. März verabschiedete sich der Herzog vom Kaiser, wobei es zu einer dritten Besprechung der schleswig-holsteinischen Frage kam, über die abermals durch Bleiken nach Kiel berichtet wurde. Man gedachte zuerst der Möglichkeit von Konferenzen, und der Kaiser war der Ansicht, daß Konferenzen auf der Basis des Londoner Protokolls, wie England und Dänemark sie wollten, zwecklos sein würden, da entweder der Vertrag von 1852 noch gelte,

also die bestehende Richtschnur für die Regelung der Verhältnisse sei, oder durch die Ereignisse überholt worden, also nicht zur Basis der Verhandlungen auf den Konferenzen zu brauchen sei. „Er fügte hinzu, daß er hoffe, es werde aus solchen Konferenzen nichts werden, und fragte, ob die Mehrheit am Bundestage dieselben wünsche, was der Herzog für unmöglich erklärte, da der Bundestag seinerzeit gegen das Londoner Protokoll protestirt habe.“ Napoleon bedauerte hierauf die Kriegführung der deutschen Großmächte gegen Dänemark als unnütz, „da die politischen Ziele, die sie mit ihren militärischen Operationen verfolgten, doch nie derartige sein würden, daß sie von dem Bunde und der Bevölkerung Schleswig-Holsteins acceptirt werden könnten. In der nun folgenden Wendung des Gesprächs schien vonseiten des Kaisers die Frage durchzuklingen, was denn jetzt eigentlich geschehen solle. In diesem Augenblicke nahm sein Gesicht plötzlich den Ausdruck an, als ob in der Seele desselben ein entscheidender Entschluß zum Durchbruche gekommen sei. Er sagte: »Ah, ich habe vergessen, Ihnen für das kleine Memoire zu danken.« Se. Hoheit erwiderte, daß er sich glücklich schätze, durch Darlegung seiner Ansichten zur Orientirung des Kaisers beigetragen zu haben, worauf dieser wörtlich entgegnete: »Sie haben in den wenigen Worten, die Sie mir gegeben haben, so schlagend gezeichnet, was geschehen müßte, daß ich es acceptirt habe und bei den Konferenzen in der angegebenen Weise verfahren werde; ich fürchte aber auf großen Widerspruch zu stoßen.« Auf diese erfreuliche Erklärung des Kaisers entgegnete Se. Hoheit, daß der Widerspruch Oesterreichs und Preußens, als an sich unlogisch, doch leicht zu beseitigen sein müßte, indem die bisherige Argumentation dieser Mächte gegen die Forderungen des Bundes und Schleswig-Holsteins wesentlich auf das Festhalten Frankreichs am Vertrage von 1852 und an der daraus entspringenden Möglichkeit eines großen Krieges basire, eine Eventualität, von der nicht die Rede sein könne, wenn Frankreich sich auf die Seite Deutschlands stelle, indem dann England allein negierend dastände. Lachend meinte hierauf der Kaiser: »Wahrscheinlich soll ich wieder den Rhein erobern wollen; ich hoffe aber doch, daß man sich jetzt einmal von meiner Friedensliebe überzeugt haben wird.«“

Herzog Ernst unterließ es, über das Ergebnis seiner Pariser Bemühungen in Berlin Mitteilung zu machen. Dagegen trug er kein Bedenken, in Wien dem Phantome eines von Napoleon drohenden allgemeinen Krieges entgegenzutreten. Über den Herzog Friedrich ließ er dorthin schreiben, der Kaiser nehme an dessen Familie mehr Anteil, als er erwartet habe, und werde, wenn der deutsche Bund ihn als Herzog von Holstein proklamire, ihn bereitwillig anerkennen; die Schleswiger möchten sich dann über die Wünsche ihrer Nationalität aussprechen. Diese Mitteilungen wurden in Wien „unbequem gefunden,“ von Gagern, an den sie gerichtet waren, und von Rechberg, der schon vorher dem koburgischen Minister von Pawel „rundweg erklärt hatte, daß

Österreich den Herzog Friedrich niemals anerkennen und, sollte der Bund einen solchen Schritt thun, sich gezwungen sehen werde, auszutreten.“

Weiter berichtet der Verfasser: „Inzwischen trat die preußische Regierung in der Sache der Bundesreform selbst mehr und mehr hervor, und man konnte sich in Wien nicht täuschen, daß Herr von Bismarck ein tiefeinschneidendes Programm verfolgte, daß den Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Bunde herbeiführen mußte. In Frankfurt empfand man bereits deutlich die Wendung der preußischen Politik, die auf eine Verbindung der schleswig-holsteinischen mit der deutschen Frage hinausging.“ In Kiel dagegen wollte man nicht die Einsicht gewinnen, daß die Zeit der Verständigung mit Preußen um jeden Preis herangekommen war, und daß es sich nur darum handeln konnte, diejenigen günstigsten Bedingungen zu erlangen, unter denen die Interessen des Augustenburgischen Hauses mit denen der Krone Preußens vereinbar waren. Bei dem entschiednen Festhalten des Königs an den von ihm für heilig gehaltenen Legimitätsprinzipien und bei dem Umstande, daß Samwer unter allen Umständen sich vonseiten des Kronprinzen eines gewissen Wohlwollens zu erfreuen hatte, würde eine offene Erklärung und Verhandlung über die an Preußen abzutretenden Hoheitsrechte jetzt noch von sicherem [?] Erfolge begleitet gewesen sein. In den Herzogtümern war damals das an sich ganz verständige Wort von einer erblichen Statthalterschaft der Augustenburger vielfach aufgekommen, aber leider hatte es sofort einen ironischen Beigeschmack erhalten. Samwer gab mir selbst in Frankfurt die sonderbare Versicherung, es könne Preußen, wenn es wolle, ohnehin nicht verhindert werden, das ganze Holstein und Schleswig zu verschlingen, es bliebe also nur übrig, daß man auf das absolute Recht sich steife und die ganze Souveränität der legitimen Dynastie in Anspruch nehme. Von der preußischen Partei setzte man in den Augustenburgischen Kreisen seit Mitte März voraus, daß die Annexion ihr Ziel sei, aber Samwer behauptete, der König habe das Gegenteil ausgesprochen.“ Unter der übrigen Bevölkerung war die Begeisterung für den „Herzog“ Friedrich und seine Umgebung allmählich erkaltet. Gegen seine Räte erhoben sich Meid und Mißgunst, und auf der Delegirtenversammlung, die Ende März zu Rendsburg stattfand, wurde gegen die „Emigrantenpolitik“ gesprochen, die an einem gewissen Orte, den man nicht zu nennen brauche — es war ein Haus auf dem Kieler Sophienblatt — getrieben werde. Ein anderer Redner sagte: „Während wir in Zeiten der Vorbereitung große Führer hatten, scheint es unser Geschick zu sein, in Zeiten, wo es die Ausführung gilt, die rechten Männer unter uns nicht zu haben oder mindestens nicht finden zu können.“ Ein besonders schlimmes Zeichen für die Stimmung der Bevölkerung der Herzogtümer war es aber, daß man unter den in Rendsburg versammelten wie unter den „Höfischen“, d. h. der herzoglichen Anhängerschaft in Kiel, der Meinung war, das Ergebnis einer Abstimmung in Schleswig, ja selbst in Holstein sei nicht

bestimmt vorauszusagen, sondern vielmehr etwas höchst Zweifelhaftes. „Die Herren von der sogenannten [!] Regierung in Kiel formulirten thatfächlich ihre Überzeugung dahin, daß die Abstimmung, wenn sie eine freiwillige wäre, entschieden ungünstig ausfallen würde; nur wenn der Herzog die Sache befehle, würden seine getreuen Schleswig-Holsteiner entsprechende Voten liefern.“ In der Umgebung des Erbprinzen selbst hörte Tempelkey die Äußerung: „So sind die Schleswig-Holsteiner einmal: von selber thun sie nichts, aber wenn es der Herzog gebietet, werden sie es gleich thun.“ In einem der Kieler Regierung erstatteten Bericht über die öffentliche Meinung in Schleswig hieß es: „Es herrscht hier nicht mehr die bleierne Apathie von früher, doch sind Ängstlichkeit, Lauheit und Zurückhaltung geblieben. Nirgends ein begeistertes Aufblühen der Volkskraft.“ Zu dem immer feltner und schwächer werdenden Hervortreten der Anhänglichkeit an das Augustenburger Haus kam die in vielen Theilen beider Herzogtümer herrschende Abneigung der bäuerlichen Bevölkerung gegen alles, was Adel heißt. „Schon 1849 — schreibt Herzog Ernst — habe ich selbst die Bemerkung gemacht, daß die ständischen Gegensätze einen absolut verderblichen Einfluß auf alle politischen und nationalen Ideen in diesem Lande ausübten, jetzt schien dies noch erheblich gewachsen zu sein. Während das demokratische und teilweise radikale Bürgertum in den Städten nichts vom Adel wissen wollte, zeigte sich hinwieder der Adel mindestens sehr gleichgiltig gegen den Herzog und recht feindselig gegen dessen Räte. Selbst mit einer gewissen Dänenfreundlichkeit war es durchaus nicht in allen Bezirken so gänzlich vorbei, wie man gern angenommen hätte.“ Ein für den Herzog Friedrich persönlich bestimmter Bericht sagte: „Im sogenannten adlichen Güterdistrikt in Dänisch-Wohld und Schwansen ist wenig reges Leben, wenig thatkräftiges Eintreten für die Sache zu finden, bloß ein allgemeiner guter Wille. Einen vorteilhaften Eindruck macht Angeln, hier herrscht vor allem Klarheit und Entschiedenheit der Gesinnung, aber auch Mangel an Selbstvertrauen und Thatkraft, und die langjährige Gewohnheit passiven Widerstandes. Wenig erfreulich ist die Mitte des Landes, der unfruchtbare Heiderücken, überall politischer Indifferentismus. Befremdend ist dieselbe Eigenschaft in der fruchtbaren und reichen Landschaft Stapelholm.“ Dieser Bericht gelangte zufällig an demselben Tage in die Hände des Herzogs Ernst, wo er von Beust eine freudige Depesche mit der Nachricht erhielt, Frankreich werde auf der Konferenz in London für die Volksabstimmung eintreten. Es war ein ironischer Zufall; „während ich — bemerkt der Herzog — den vollständigen Erfolg meiner Reise nach Paris konstatiren konnte, schien es, als ob die deutschen Verhältnisse selbst jede günstige Lösung ausschloßen.“

Vor allen Dingen mußte jetzt eine Grundlage zur Verständigung zwischen König Wilhelm und Herzog Friedrich gesucht und gefunden werden, und „ohne Zweifel hätte dies durch ein allgemeines Zusammenwirken der Fürsten, die

nahe Beziehungen zum preussischen Hofe hatten, am besten gelingen können.“ Von verschiedenen Seiten, auch vom Könige der Belgier, wurde anderseits auf die Kieler gewirkt; so schrieb z. B. der Agent des Herzogs Friedrich, v. Bernhardi, zu Ende März nach einer Unterredung mit Leopold: „Der König bedauerte, daß es dem Herzoge noch nicht gelungen sei, sein Verhältnis zu Preußen auf sicherer Grundlage zu regeln. Das sei durchaus notwendig, und es dürfe seinerseits nichts versäumt werden, um diese Verständigung so schnell als möglich herbeizuführen. Nebenher spottete der König in seiner gemüthlich spielenden Weise über die Ohnmacht der deutschen Mittel- und Kleinstaaten und warnte davor, sich auf den Bundestag zu verlassen. All dies Treiben sei hohl und nichtig und werde den, der darauf hoffen wolle, nur zu den bittersten Enttäuschungen führen.“ Dem Verfasser unsers Buches schien es zweifelhaft, ob solche Warnungen in Kiel auf günstigen Boden gefallen seien. „Der Herzog selbst — sagt er zum Schluß — lebte bei allen seinen unvergleichlich [ne quid nimis!] edeln Eigenschaften des Gemüths in einer etwas idealen Welt, er war der Wirklichkeit der Dinge nicht eben allzunahе getreten, und er hatte eine sehr große Vorstellung von den unveräußerlichen Rechten, welche er für seine Familie zu erhalten verpflichtet wäre. So war er auch nicht geneigt, die einmal eingeschlagene Richtung seiner Politik im mindesten zu ändern.“

Hier hätten wir uns wohl eine deutlichere und stärkere Charakteristik erlauben dürfen. Die weitere Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage möge sich der Leser von dem Buche selbst in die Erinnerung rufen lassen.



Allerhand Sprachdummheiten

(Fortsetzung)



Die Mißbräuche in den Präpositionen schließen sich am natürlichsten die in den Orts- und Zeitbestimmungen an. Ihre Zahl ist sehr groß, hier soll nur einiges herausgegriffen werden.

Nur die wenigsten Menschen haben heute noch eine Ahnung von dem Unterschiede zwischen hin und her; daß hin die Richtung, die Bewegung von mir weg nach einem andern Orte, her das Umgekehrte, die Richtung, die Bewegung von einem andern Orte auf mich zu bedeutet — man vergleiche nur geh hin! mit komm her! —, wie wenige